

## Newsletter – Ausgabe Nr. 12

### **Ruhrparlament verabschiedet den Regionalplan Ruhr – Haushalt 2024 ohne Umlagerhöhung gegen unsere Stimmen beschlossen**

Liebe Genossinnen und Genossen,  
liebe Leserinnen und liebe Leser,

am 10. November 2023 hat die Verbandsversammlung in einer **Sondersitzung** den ersten Regionalplan für das Ruhrgebiet seit 1966 beschlossen. Aus Sicht der Fraktion hat die Verwaltung bei der Erarbeitung des Plans von Anfang an auf gute fachliche Beratung, Transparenz und Bürgerbeteiligung gesetzt – es sollte eine zukunftsorientierte, breit getragene Planung werden. Mit dem RuhrFis-System zur Bedarfsberechnung von Siedlungsflächen (Wohnen und Gewerbe) wurden neue Maßstäbe in der Planung gesetzt. Viele Konflikte konnten dadurch bereinigt werden. Trotzdem: Die Fraktion Die Linke konnte diesem Plan letztlich nicht zustimmen, sondern hat sich enthalten, nachdem ein Änderungsantrag und ein Begleitantrag abgelehnt wurden.

Das hat vor allem folgende Gründe:

1. Die Sicherung der Freiflächen im Regional ist aus unserer Sicht noch nicht ausreichend. Die Klimaanalysen des RVR für die Städte im Ruhrgebiet zeigen, dass insbesondere die ärmeren Stadtteile von Klimaproblemen wie Hitze am meisten betroffen sind. Um dem zu begegnen, wäre es bspw. wichtig gewesen, die Möglichkeiten der weiteren Einschränkung von Frischluftschneisen oder Kaltluftleitbahnen zu verhindern. Des Weiteren hätte die Einführung eines Planzeichens „landwirtschaftliche Kernräume“ einen besseren Schutz wertvoller landwirtschaftlicher Böden ermöglicht. Das wäre rechtlich möglich und wurde von der Landwirtschaftskammer, aber auch uns, immer wieder gefordert, aber nicht umgesetzt.
2. Der Konflikt um den Kiesabbau insbesondere im Kreis Wesel konnte nicht entschärft werden. Das Urteil des OVG Münster zur Klage der betroffenen Kommunen gegen den Landesentwicklungsplan führte zwar zu einer Reduzierung der Flächen für die Rohstoffgewinnung von 1163 ha auf 932 ha. Dies ist aus unserer Sicht und auch aus Sicht der Initiativen gegen den Kiesabbau, des Kreises Wesel und der betroffenen Kommunen nicht ausreichend, wenn man die Landschaft erhalten will. Sicherlich, hier ist vor allem die Landesregierung am Zuge, die bisher das Urteil des OVG Münster nicht im Landesentwicklungsplan umgesetzt hat. Aus Sicht unserer Fraktion hätte der RVR seinen Ermessenspielraum aber besser nutzen können. Die bei der Berechnung zu Grunde zu legenden Abbaumengen, die der Geologische Dienst des Landes NRW ermittelt, sind nämlich in den letzten zwei Jahren gesunken. Eine Neuberechnung der Bedarfe auf dieser Grundlage hat die Verwaltung jedoch nicht vorgenommen – ein Kniefall auch vor der hochprofitablen Kiesindustrie, die noch mehr Flächen wollte.

In seiner Rede auf der Verbandsversammlung betonte Wolfgang Freye, dass mit der Verabschiedung des Regionalplans und dem Erlangen seiner Rechtskraft durch das Land es nun möglich wird, rechtlich umstrittene Fragen über den Klageweg endgültig klären zu können. Der Kreis Wesel und die betroffenen Kommunen wollen eine entsprechende Klage prüfen.

Die Rede von Wolfgang Freye und unsere Anträge zum Regionalplan kann man auf unserer Internetseite abrufen. Bis zum 10. Februar 2024 sind alle Redebeiträge auch im Livestream unter [Bürger-Informationssystem des Ruhrparlaments](#) zu sehen.

Insgesamt beträgt der Anteil der Industrie- und Gewerbeflächen an der Gesamtfläche des Ruhrgebiets mit 6,12 Prozent eher weniger, als man erwartet. Der Umfang aller Freiraum- und Agrarbereiche macht 48 Prozent der Flächen aus und 20 Prozent werden als Waldfläche ausgewiesen. Das Ziel, die „grünste Industrieregion der Welt“ zu werden, fußt auch auf diesen Zahlen.

### **Aus der 12. Sitzung der Verbandsversammlung**

Auf der letzten Verbandsversammlung am 8. Dezember 2023 war wie in jedem Jahr das wichtigste Thema der Haushalt. Ein Novum: Die Grüne-Fraktion hat keinen einzigen Haushaltsantrag eingebracht. Begründung: Die notwendige Strategiediskussion

wie man den Verband zukunftsfest aufstellen könne habe nicht stattgefunden und die Große Koalition lehne sowieso alle Anträge ab ... Mit dieser Position machte es sich die Grüne Fraktion super einfach und lehnte auch gleich alle Haushaltsanträge der anderen Oppositionsfraktionen ab – glatte Arbeitsverweigerung, könnte man sagen, zumal ein Teil unserer insgesamt 18 Anträge zum Haushalt auch die Arbeit des RVR im Bereich Klimaschutz stärken sollte.

---

## **„Rotstift“ bei Transformation und Sozialem ist falsche Antwort auf Haushaltskrise – Stillstand beim RVR überwinden**

---

Unter diesem Titel stand die diesjährige Haushaltsrede von Wolfgang Freye, in der er die massiven Auswirkungen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum Haushalt der Bundesregierung und den Streit der Ampel auf das Ruhrgebiet benannte. Ohne Fördermittel des Bundes kann die Transformation der CO<sup>2</sup>-intensiven industriellen Produktion im Ruhrgebiet wie der Stahlindustrie, zu einer modernen, CO<sup>2</sup>-neutrale Produktion, nicht gelingen, wodurch viele Arbeitsplätze bedroht würden. Die zur Zeit diskutierten drastischen Sozialkürzungen, wie z.B. bei den Kosten der Unterkunft, beim Wohngeld und der Unterbringung von Flüchtlingen gehen zu Lasten der Kommunen. Dabei liegt die Armutsquote nach dem letzten Bericht des DPWW im Ruhrgebiet mit 22,1 %, deutlich über dem Bundesschnitt von 18,9 %. 1,3 Mio. Menschen leben hier unterhalb der Armutsgrenze – „es kann nicht angehen, dass diese Menschen jetzt die Rechnung für eine abenteuerliche Haushaltspolitik zahlen“. Die versprochene dringend notwendige Entlastung der Städte von den horrenden Altschulden ist ebenfalls in weitere Ferne gerückt.

Um die Belastungen für die Kommunen nicht weiter zu erhöhen, stimmten wir für die Beibehaltung der Umlage von 0,68 %. Eine Festschreibung dieses Hebesatzes schon für 2025, wie von der Koalition von SPD und CDU gewollt, haben wir jedoch abgelehnt. Bei allem Verständnis für sparsames Wirtschaften muss doch gewährleistet sein, dass der RVR seine Aufgaben, die ja auch den Kommunen zugutekommen, weiter erfüllen kann.

Kritik übte Wolfgang am Stillstand in Sachen Kooperation. Dieser müsse seitens des RVR und der Kommunen endlich mit mehr Willen und konkreten Entscheidungen überwunden werden. Die Vorschläge der GPA liegen seit Jahren auf dem Tisch! Dabei gibt es bereits jetzt neue Aufgaben wie die kommunale Wärmeplanung, wo der RVR die Kommunen unterstützen könnte. Hierzu hatten sowohl wir wie auch die große Koalition Anträge gestellt, die inhaltlich nicht weit auseinander lagen.

Um den Stillstand, der trotz des Wachstums des RVR bei Projekten und Beschäftigten zu beobachten ist, endlich zu überwinden, bedarf es auch aus unserer Sicht im nächsten Jahr einer breiten Diskussion über die regionale Entwicklungsstrategie und der sich daraus ableitenden Rolle des RVR.

Während die SPD sich dazu „hinreißen“ ließ, einen Teil unserer Anträge als „wichtige soziale Themen“ zu würdigen, konnte sie sich nicht dazu überwinden, ihnen zuzustimmen, da eine Finanzierung aus den Mitteln der Standortmarketingkampagne – wie von uns beantragt – für sie nicht in Frage käme. Auch die CDU lehnte sie u.a. mit Verweis auf den Finanzierungsvorschlag ab. Der „heilige Kuh“ des RVR, der Standortmarketingkampagne, die im nächsten Jahr 2,4 Mio Euro kosten soll obwohl ihre Wirkung nicht richtig darstellbar ist, darf natürlich nicht geschlachtet werden! Und das obwohl ihre Zukunft zur Zeit sowieso unklar ist, da es bei der Ausschreibung der Kampagne und der Suche nach einer neuen Agentur einen Vergabefehler gab.

Die Anträge, u.a. gegen den hohen Anteil befristeter Beschäftigungsverhältnisse in der RVR-Verwaltung und zur Sicherung des Fachkräftebedarfs durch bessere Integration von Langzeiterwerbslosen und Geflüchteten kann man unter [Anträge: DIE LINKE im Regionalverband Ruhr \(RVR\) DIE LINKE. im RVR \(dielinke-rvr.de\)](#) abrufen.

---

## **Regionale Großformate nach 20230 für die Region werden nun im Arbeitskreis der Fraktionen diskutiert**

---

Zurzeit plant der RVR die Internationale Gartenausstellung 2027 (IGA 2027), deren Finanzierung in den Hauptprojekten nach erheblichen Querelen mit dem Land erst einmal gesichert ist. Gleichzeitig hat der RVR im laufenden Jahr jedoch mit der Diskussion um weitere Großprojekte für die Region begonnen, wie eine zeitgemäße Neuauflage der Internationalen Bauausstellung (IBA), die den Strukturwandel im Ruhrgebiet maßgeblich vorangebracht hat, oder eine „Urbane 34“. Hierzu wurde nun ein interfraktioneller Arbeitskreis eingerichtet, der im Januar die Arbeit aufnimmt und bis 2025 einen Vorschlag unterbreiten soll.

---

## **Mobilitätsimpuls Ruhr – Ein Schritt in die richtige Richtung, um die Achillesferse des Ruhrgebietes zu überwinden**

---

Die Fraktion DIE LINKE hat dafür gestimmt, die Verwaltung mit der weiteren Umsetzung des Mobilitätsimpulses Ruhr in Zusammenarbeit mit den Kommunen und dem VRR zu unterstützen und zu begleiten. In seinem Redebeitrag zur Unterstützung des Beschlussvorschlages der Verwaltung verwies Wolfgang Freye darauf, dass schon 2008 eine Studie zum ÖPNV im Ruhrgebiet zu dem Ergebnis kam, dass der ÖPNV in der Region alles andere als „metropolengerecht“ ist.

Bis heute ist der ÖPNV die Achillesferse der Region, denn während in Berlin jeder 4. Weg mit dem ÖPNV zurückgelegt wird und der Umweltverbund von Fuß-, Rad und ÖPNV-Verkehren einen Anteil von 74 Prozent hat, liegt Essen als eins der Ballungszentren des Ruhrgebietes gerade mal bei 19 bzw. 42 Prozent. Ohne die Synchronisation der Nahverkehrspläne, die die Fraktion Die Linke im RVR jahrelang gefordert hat, wird man hier nichts ändern können. Das ist der wesentliche Inhalt des Mobilitätsimpuls Ruhr. Bleibt zu hoffen, dass Land hier nun auch entsprechende Mittel zur Umsetzung der 28 Maßnahmen aufbringt, schließlich hat die Studie des RVR gezeigt, dass es noch weitere 37 Maßnahmen gibt, wo man auch tätig werden müsste.

---

## **Freiraumkonzept Metropole Ruhr – Mehr Engagement zur Sicherung und Entwicklung der Freiräume**

---

Die Verbandsversammlung hat einstimmig dem Leitbild und dem Netzplan zur zukünftigen Freiraumentwicklung zugestimmt. Im nächsten Schritt sollen auf der Grundlage einer qualitativen Analyse der einzelnen Handlungsräume zusammen mit den Kommunen passgenaue Themen und Maßnahmen entwickelt werden. Auf deren Grundlage sollen dann Umsetzungsprojekte starten, um u.a. bestehende Engstellen in den Regionalen Grünzügen zu erweitern und aufzuwerten. Da die Rahmenbedingungen sich stetig wandeln, ist das Freiraumkonzept so aufgebaut, dass man schnell auf entsprechende aktuelle Entwicklungen reagieren kann.

Eleonore Lubitz hob in ihrer Rede besonders den Wert der räumlich nachvollziehbaren und transparenten Strategie hervor, das regionale Freiraumsystem als wesentliche Grundlage für die Lebensqualität in der Metropole Ruhr zu sichern und zu qualifizieren. Sie verwies auf gute Beispiele für die interkommunale Zusammenarbeit, wie das „Projekt Grünzug E“ oder „Freiheit Emscher“. Des Weiteren können nun detailliertere und räumlich konkretere Aussagen zu den „Regionalen Grünzügen“ gemacht werden.

---

## **Weitere Beschlüsse und Themen der Verbandsversammlung**

---

- Mehre Beschlüsse befassten sich mit den Freizeitgesellschaften, an denen der RVR Beteiligungen besitzt. So stimmte die Fraktion für die Sonderzuschüsse an das Freizeitzentrum Xanten bis 2025, um deren Betrieb aufrecht zu erhalten. Der Betriebsführungsvertrag zwischen der Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr und dem Revierpark Gysenberg GmbH wurde um zwei Jahre verlängert. Hier verwies Eleonore Lubitz darauf, dass man zur Erzielung von Synergieeffekten jenseits von Stellenplankürzungen einer neuen strategischen Ausrichtung bedürfe. Dazu gehört auch die Entscheidung, ob der Revierpark Teil der gemeinsamen Freizeitgesellschaft wird. Darüber hinaus beschloss die Versammlung den Verkauf der Geschäftsanteile an dem Revierpark Wischlingen an die Stadt Dortmund. Damit ist dieser Revierpark dann 100prozentig in kommunaler Trägerschaft.
- Die Fraktion stimmte im Rahmen des Beschlusses des Förderprogramms Landestraßenausbau der höheren Priorisierung der Maßnahmen zur L 638 in Herten zu, die SPD und CDU beantragt hatten, aber auch vor Ort gefordert wird.
- Die Verbandsversammlung brachte die Ausschreibung für die Stelle des Regionaldirektors/ der Regionaldirektorin auf den Weg. Wolfgang Freye hatte zuvor im Verbandsausschuss erneut darauf aufmerksam gemacht, dass es dabei um ein transparentes Verfahren gehen muss, auch wenn die SPD bereits Garrelt Duin, ehemaliger Wirtschaftsminister in NRW ins Gespräch gebracht hat.

Anträge, Anfragen, Pressemitteilungen und weitere Informationen sind unter [DIE LINKE. im RVR](#) zu finden.

---

DIE LINKE im Regionalverband RUHR (RVR) auch bei Facebook: [@DieLinke.RVR](#)

Wenn Sie dieses Abonnement beenden möchten, bitte eine Mail mit dem Betreff: „Abmeldung Newsletter“ an [dielinke@rvr.ruhr](mailto:dielinke@rvr.ruhr)

**Impressum:** DIE LINKE im RVR, Kronprinzenstraße 35; 45128 Essen. V.i.S.d.P. Heike Kretschmer

Telefon: (0201) 2069-325 – e-Mail: [dielinke@rvr.ruhr](mailto:dielinke@rvr.ruhr) – Internet: [www.dielinke-rvr.de](http://www.dielinke-rvr.de)